

Die Regierung von Karzai hat keinerlei Legitimität: Im Ausland eingesetzt; nur 38 % Wahlbeteiligung und die Wahl massiv gefälscht. Karzai regiert nur, weil die USA es so wollen und weil er sich auf Kriegsfürsten, Massenmörder der Nordallianz und die Drogenmafia stützt. Mehr als 90 % des weltweit verkauften Heroins kommt aus Afghanistan. Sein Bruder ist ein bekannter Drogenbaron. Unter dem Schutz der Bundeswehr wird der Mohn angebaut. Auf dem Land regiert, wer Waffen hat. Die Bevölkerung ist der Willkür der Kriegsfürsten ausgesetzt. Ihre materielle Lage hat sich in den letzten Jahren immer mehr verschlechtert. Über 70% der Afghanen ist chronisch unterernährt, drei Viertel haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die Probleme heißen Arbeitslosigkeit, horrende Mütter- und Kindersterblichkeit. Die Korruption hat ein nie dagewesenes Maß erreicht. Nahezu alle Güter werden aus dem Ausland importiert. Während sich die westlichen Konzerne und die Clique um Karzai die Taschen füllen, hungert die Bevölkerung. Und so trägt der „Frieden“, der durch einen militärisch starken Sicherheitsapparat Karzais entstehen soll, die Eskalation des Bürgerkriegs in sich.

The Great Game - das Große Spiel

„Das Große Spiel“: In Afghanistan wird es ausgetragen. Hier findet die Auseinandersetzung um Macht und Einfluss in Zentralasien und damit auch in der Welt statt. Im Norden Russland, die Turkstaaten und der kaspische Raum mit riesigen Öl- und Gasvorkommen; der Iran, Indien, Pakistan und China in unmittelbarer Nachbarschaft. Wer Afghanistan kontrolliert, hat Einfluss in der gesamten Region. Deshalb hat der US-amerikanische Geheimdienst CIA in den 80er Jahren den pakistanischen Geheimdienst dabei unterstützt, kampfbereite Islamisten in aller Welt anzuheuern und nach Afghanistan zu schleusen. Osama bin Laden war ihr Produkt. Als die Mudschaheddin ihre Schreckensherrschaft in Kabul errichteten, wurden sie von den USA unterstützt. Erst als die von Pakistan geförderten Taliban mächtiger wurden, schwenkte die US-Regierung um. Mit Hilfe der Talibanregierung wollten sie ein Pipeline durch Afghanistan

bauen. Als sich die Taliban den Bedingungen der Ölmultis nicht widerspruchslos fügten, ließen die USA sie fallen und finanzierten wieder die Mudschaheddin der Nordallianz. Ende 2001 wurden deren Kriegsfürsten und Drogenbosse nach Bonn zur Petersberger Konferenz eingeladen und die Regierung Karzai ins Amt gehievt.

DIE ZEIT: Was ist eigentlich das deutsche Interesse in Afghanistan?

Gutenberg: (...) Zum deutschen Interesse gehört auch regionale Stabilität. Ein dauerhaft instabiles und implosionsträchtiges Afghanistan – das gleichzeitig über Grenzen hinweg ansteckende Elemente hat – das muss uns beunruhigen. Es handelt sich in der Gesamtregion um ein Kerngebiet, bei dem deutsche Sicherheits-, aber auch Wirtschaftsinteressen berührt sind, Stichwort Energie. (DIE ZEIT, 28.01.2010)

Den USA und der Nato fällt es also nicht schwer, wenn sie jetzt wieder auf die Einbindung der bislang heftig bekämpften Taliban setzen. Denn es ist ihnen nie um Stabilisierung, Demokratie und Menschenrechte in Afghanistan gegangen, sondern um die Durchsetzung geostrategischer Interessen im Zentrum des „eurasischen Schachbretts“. Die deutsche Regierung will sich dabei Einfluss sichern, in dem sie sich eng an die Seite der USA stellt.

Und dafür starben Zehntausende und werden noch sterben, wenn der Krieg nicht sofort beendet wird. Deshalb:

**Bundeswehr und Nato raus aus Afghanistan!
Sofort!**

www.dkp-muenchen.de

Ich will mehr Infos über die DKP

Ich will Mitglied der DKP werden

Name, Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

eMail:

Telefon:

DKP, c/o KommTreff, Holzapfelstr.3, 80339 München

Herausgeber: Kreisvorstand der DKP München
Holzapfelstr.3, 80339 München
v.i.S.d.P.: B.Bücking, Hofangerstr. 171, 81735 München, E.i.S.

Afghanistankonferenz: mehr Soldaten, mehr Krieg

Merkel: Tarnen und täuschen

Mehrheit der Bevölkerung: Bundeswehr raus aus Afghanistan

 **Deutsche
Kommunistische
Partei**
www.kommunisten.de

 **European LEFT**



Afghanistankonferenz: mehr Soldaten, mehr Geld und mehr Krieg

Seit 2001 stehen Nato-Truppen in Afghanistan, seitdem ist der Widerstand nicht erlahmt, sondern er wird von Jahr zu Jahr stärker. Noch nie sind dort so viele Nato-Soldaten gefallen wie 2009; noch nie wurden so viel Frauen und Kinder bei „versehentlichen“ Angriffen auf Hochzeitsgesellschaften oder bei Angriffen auf angebliche Terroristen von Nato-Bomben zerfetzt. Das sind keine Kollateralschäden, sondern Kriegsverbrechen.

Am 28. Januar fand wieder einmal eine internationale Afghanistan-Konferenz statt. Das Treffen in London war einberufen worden, weil der öffentliche Rückhalt für den Krieg schwindet. Die Regierungen haben die Mehrheiten bei ihren Bevölkerungen verloren. Kanada und Australien haben den Abzug ihrer Truppen bereits beschlossen. Das zwingt die Regierungen der Nato-Länder öffentlich über einen „verantwortlichen Truppenabzug“ zu reden. In Wirklichkeit wird der Krieg eskaliert: Die USA erhöhen ihr Truppenkontingent um weitere 30.000 Soldaten auf dann fast 100.000. Die übrigen Nato-Staaten schicken weitere 9.000 Soldaten in den Krieg.

Zur Beruhigung der kriegsmüden Bevölkerung erklären sie, dass 2014 die Regierung Karzai in der Lage sein wird, selbst für die Sicherheit Afghanistans zu sorgen. „Afghanisierung“ des Krieges ist das Ziel. Auf über 300.000 Mann soll dann die afghanische Armee und Polizei von derzeit 180.000 angewachsen sein. Mindestens bis dahin, das war die zweite Botschaft von London, müssen die internationalen Besatzungstruppen noch im Land bleiben.

Die Afghanistankonferenz hat keine Abzugsperspektive eröffnet, sondern Durchhalteparolen verbreitet. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, die „Nennung eines Datums (für den Abzug der Bundeswehr) wäre verantwortungslos“ und hat so das Ergebnis der Londoner Konferenz auf den Punkt gebracht: Der Krieg geht weiter, wird intensiviert und noch mehr Menschenleben und Geld kosten.

Deutschland im Krieg

Hinter der Vernebelungsrhetorik steckt Kalkül. Der Afghanistan-Einsatz ist in der deutschen Bevölkerung extrem unpopulär. Die Mehrheit würde die Bundeswehr lieber heute als morgen nach Hause holen.

Die Bundeswehr ist weder als Bautrupp, noch als freundliche Polizeitruppe in Afghanistan. Die Bundeswehr führt Krieg. Spätestens mit dem Bombardement von Kunduz, bei dem im September 2009 über 140 Menschen getötet worden sind, lässt sich diese Wahrheit auch in Deutschland kaum noch verbergen.

Das Massaker von Kunduz ..

Offen ist immer noch, ob Oberst Klein auf Weisung einer übergeordneten Stelle in Deutschland gehandelt hat, als er die Bombardierung der Tanklaster befahl und Dutzende Zivilisten ermordete. Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen hatte er die Genehmigungskette durchbrochen, um - wie er schon einen Tag nach dem Massaker gemeldet hatte - Taliban zu „vernichten“. Bisher war die Bundesregierung bemüht, dem Bundeswehreininsatz das Image einer „Friedensmission“ zur Entwicklungshilfe zu geben. Die deutschen Truppen sind Teil des von der UNO genehmigten ISAF Kommandos der NATO, die offiziell keine offensiven Kampfeinsätze führen darf. „Unsere Aufgabe ist es nicht, Taliban zu vernichten, sondern die Bevölkerung zu schützen“, sagt der ehemalige Regionalkommandeur in Kandahar, der niederländische Generalmajor Mart de Kruif. Nur für diesen Einsatz gibt es die Zustimmung des Bundestages.

.. als Auftakt zum „Endkampf“

Statt die richtigen Lehren aus dem Massaker von Kunduz zu ziehen und mit dem Truppenabzug zu beginnen, wird das Bombardement genutzt, um den Kriegskurs zu verschärfen. Der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Lothar Rühl, stimmt das Publikum auf einen „Endkampf“ in Afghanistan ein. Um den zu gewinnen, müssten Nato und Bundeswehr jetzt „zum offensiven Kampfeinsatz übergehen“. An Massaker wie

in Kunduz solle sich die deutsche Öffentlichkeit schon mal gewöhnen. „Solche Ereignisse werden noch öfter eintreten.“

Auch das Verteidigungsministerium will nun von Einschränkungen für deutsche Soldaten nichts mehr wissen. Das Bundeswehrekontingent wird nicht nur um 850 auf 5.350 Soldaten aufgestockt, künftig sollen diese auch verstärkt mit den afghanischen Soldaten in Einsätze gehen. Kriegsminister zu Guttenberg räumt ein, dass deutsche Soldaten verstärkt unter Feuer kommen könnten und sich wehren müssten

Über Nacht und am Parlament vorbei, wurde der Bundeswehr-Einsatz neu definiert. Jetzt soll am Hindukusch das Kriegsrecht gelten. „Ganz legal töten“ titelt das Magazin „Focus“.

Krieg! - Wofür?

Tausende Menschen haben in den zurückliegenden acht Jahren ihr Leben in Afghanistan verloren, Soldaten, Aufständische und überwiegend Zivilisten. Im Kampf für ... Für was eigentlich?

Gegen den Terrorismus?

Am Anfang hieß es: Kampf gegen den Terror. Für Deutschland bestand aber 2001 keine Terrorgefahr, die wuchs erst mit dem militärischem Engagement in Afghanistan. Inzwischen haben die Erzählungen von der islamistischen Weltverschwörung in den Höhlen des Hindukusch ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt. Offensichtlich ist auch: Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen. Im Gegenteil: Mit jedem weiteren Bombenabwurf, mit jedem weiteren Toten in Afghanistan wächst der Widerstand in Afghanistan. Jeder Tag länger Krieg schürt den Hass und stärkt den Terrorismus. Krieg und Besatzung haben dem afghanischen Volk unsägliches Leid gebracht, die islamistischen Kräfte gestärkt und Pakistan destabilisiert. Jetzt wird der Krieg in den Jemen getragen und die Spirale Krieg-Terrorismus weitergedreht.

Für Demokratie und die Frauen?

Dann hieß es, die Bundeswehr bringe dem Land Demokratie, den afghanischen Kindern Schulen und den Frauen ihre Rechte.